

Der Aufbruch in den Betrieben der DDR ...

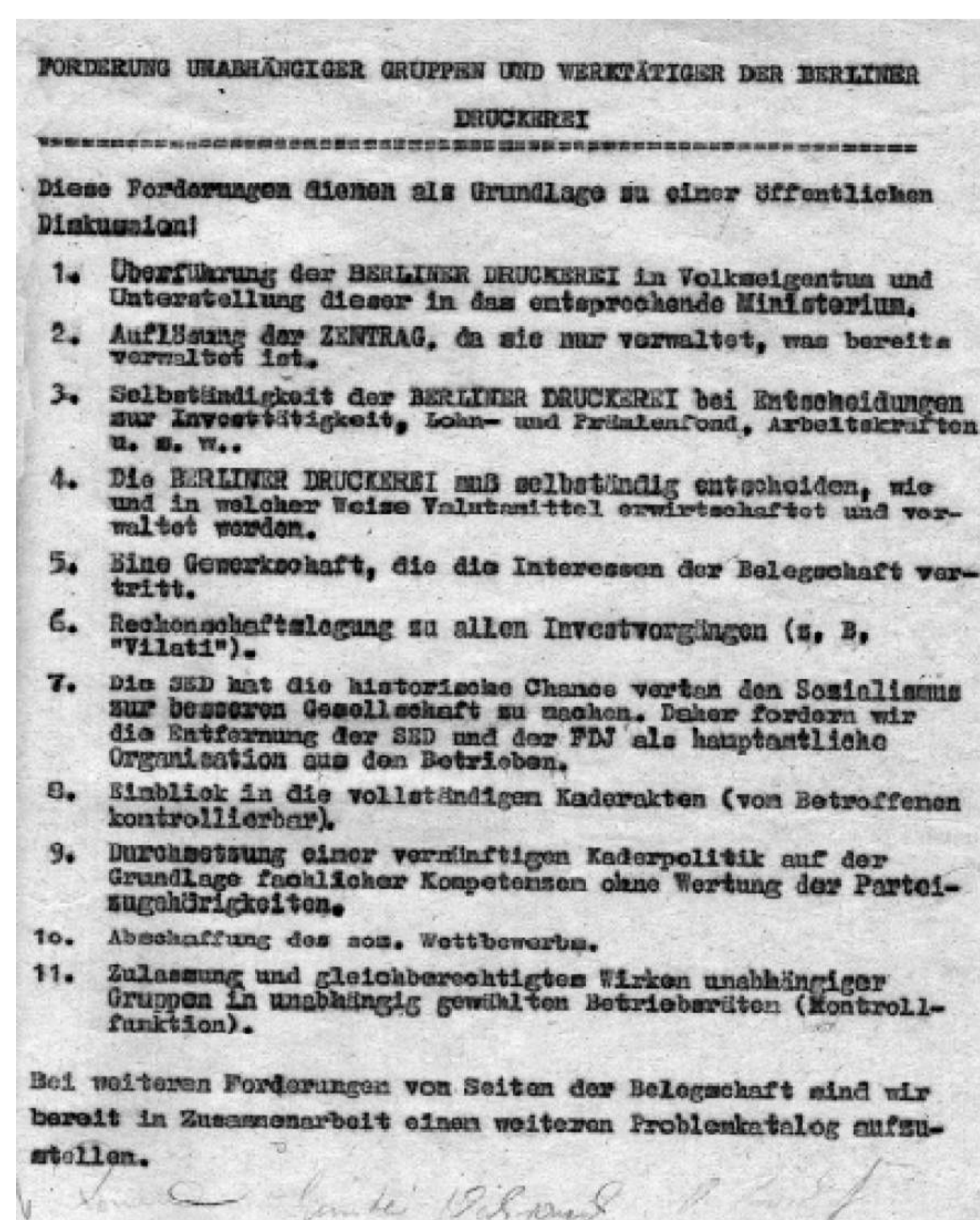
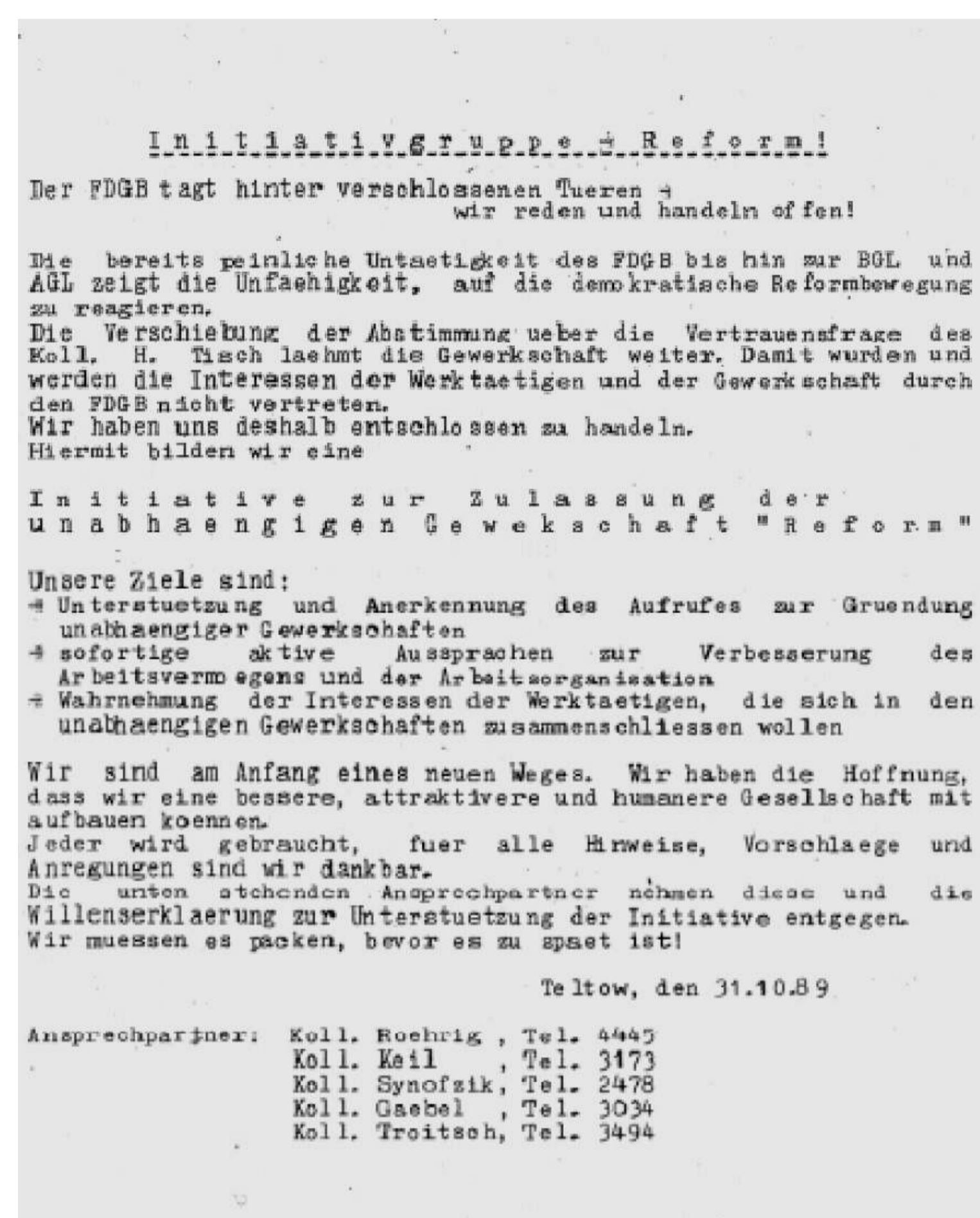
Als sich im Oktober/November '89 die Ereignisse in der DDR überschlugen, schien in den Betrieben und Institutionen alles „seinen sozialistischen Gang“ zu gehen. Früh, zwischen 6 und 7 Uhr, waren die Busse und Bahnen voll wie eh und je, man fuhr zur Arbeit.

Erst am Feierabend wurde aus manchem Arbeiter ein Demonstrant oder aus einer Laborantin das Mitglied beim *Neuen Forum*. Und so scheint sich zu bestätigen, was bald zum Allgemeinplatz werden sollte: Die „Wende“ in der DDR hat 1989 auf der Straße stattgefunden. Doch dieses Bild spiegelt nur

KollegInnen, andere führten die ersten Verhandlungen mit potentiellen Westpartnern. Joint-venture-Geschäfte wurden geplant, ein „sozialistischer Unternehmerverein“ konstituierte sich. Die Signale standen recht früh auf Grün für das westliche Kapital.

All dies waren Anlässe für zahlreiche KollegInnen, im Herbst '89 aus der Anonymität hervorzutreten und die „Wende“ im Betrieb zu fordern. So etwa die KollegInnen des VEB Sachsenbräu Leipzig: „Abgesehen davon, dass in jüngster Zeit öfter ominöse BMWs oder Audis auf dem Betriebsgelände

wurde verlangt. Die andere Art der Forderungen gruppierte sich um Fragen der Mitsprache und Mitbestimmung der Belegschaft bei betrieblichen Entscheidungen. Gemeinsam war allen Vorstellungen über eine neue Interessenvertretung, dass sie konsequent von einer basisdemokratischen Organisation ausgingen. Die allgemeine Erfahrung einer destruktiven zentralistischen Wirtschaftsführung hatte die klare Option hervorgebracht: Wir wollen nicht wie bisher „von oben dirigiert und organisiert werden!“ Ebenso selbstverständlich wurden nicht selten ein Vetorecht und die Wahl oder Abwahl



die halbe Wahrheit wider. Für zahlreiche Belegschaftsgruppen der DDR-Betriebe waren die Wochen und Monate zwischen dem Oktober '89 und dem Frühjahr 1990 ereignisreicher und aufregender, als es die Geschichtsschreibung vermuten lässt.

Die ersten Anzeichen eines veränderten politischen Klimas in den Betrieben der DDR waren allerdings schon vor dem Herbst '89 zu spüren gewesen. Es häuften sich die öffentlich vorgetragenen Kritiken und Beschwerden von KollegInnen. Nicht selten wurden Versammlungen oder die „Schulen der sozialistischen Arbeit“ für solche Diskussionen „missbraucht“. Im Oktober/November nahmen diese Verletzungen der Spielregeln eine neue Qualität an.

Auf Vertrauensleutenvollversammlungen wurden Forderungen nach Rücktritt der Betriebsgewerkschaftsleitung oder der staatlichen Leitung formuliert. Kleine Gruppen bildeten sich, die mit dem Aufruf nach einer eigenen Interessenvertretung an die Öffentlichkeit traten, an Wandzeitungen wurde die Offenlegung von betrieblichen Daten und Mitsprache gefordert.

In den Betrieben hatte sich durch den Rückzug der Gewerkschaften ins Tatenlose ein Vakuum in der Interessenvertretung gebildet. Zugleich machten die Werkleiter weiter wie immer, einige stellten sich besonders schnell auf die neue Situation ein und entließen

vorfahren, ist von einem Andersdenken nichts zu spüren ... Man führt Gespräche mit westlichen Firmen und hält Stillschweigen darüber ... Kollegen!!! Es wird Zeit, daß wir ein Wörtchen mitreden! Ihr habt ein Recht darauf, zu wissen, was mit unserem Betrieb passiert, was Verhandlungen mit Westfirmen ergeben, was für Investitionen geplant werden und welche nicht.“ Die KollegInnen riefen zur Gründung eines Betriebsrates auf. Die Namen für eine neue Form der Interessenvertretung waren dabei recht vielfältig, sie reichten vom Betriebsrat, über den gesellschaftlichen Rat, das Aktiv, die Initiativ- oder Basisgruppe bis zu unabhängigen Gewerkschaftsgruppen.

Zwei Arten von Forderungen wiederholten sich in fast allen Aufrufen. Zum einen wurde gefordert, dass die SED, politische Organisationen und vor allem die Staatssicherheit aus den Betrieben verschwinden sollten, desgleichen die Rituale des sozialistischen Wettbewerbs. Ein neues Lohn- und Prämiengefüge

von Betriebsleitern gefordert, Forderungen, die über bundesrepublikanische Mitbestimmungsmodelle weit hinausgingen.

Sehr selten kam es zu überregionalen Treffen von Aktivisten einer „Betriebswende“, wie in Jena im Januar 1990, wo 31 Kollegen aus verschiedenen Städten des Südens der DDR und Berlin den Versuch machten, die Bildung einer DDR-weiten unabhängigen Interessenvertretung anzuregen.

Diese und andere Vernetzungsbemühungen scheiterten. Bereits ab Januar 1990 begannen die Westgewerkschaften, Mitglieder im Osten zu werben. Angesichts einer fehlenden Alternative und der zunehmenden Unsicherheiten für die Belegschaften, griffen immer mehr KollegInnen dieses Angebot auf. Die Basisgruppen unabhängiger Interessenvertretungen gaben ihre Arbeit auf oder stellten ihre Inhalte auf die zu erwartende Gründung von Betriebsräten nach westdeutschem Modell ein.

„Und ick würds wieder so machen, ganz genauso. Und ick würd mich wieder an der falschen Stelle aufräufeln, das heißt ja, an der richtigen, mit dem gleichen Nichteffect. Ich würd nichts anders machen, nee. Aber ick wär doch am Ende schlauer.“

Frau K., Arbeiterin in einem Berliner Metallbetrieb, 1989 Mitinitiatorin einer unabhängigen Basisgruppe